Stand: 17.05.2024 08:34:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2033

"Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 18/2033 vom 16.05.2019
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2739 des WK vom 27.06.2019
- 3. Beschluss des Plenums 18/2895 vom 04.07.2019
- 4. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

16.05.2019 Drucksache 18/2033

Antrag

der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Otto Lederer, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Peter Tomaschko, Manuel Westphal CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag drückt den Hebammen, Ärzten, Kinderkrankenschwestern und Krankenhäusern in Bayern seine Wertschätzung für ihren Einsatz in der Geburtshilfe aus und dankt den Hebammen für ihre Unterstützung der Familien in der so wichtigen und sensiblen ersten Lebensphase eines Kindes.

Der Landtag begrüßt die mannigfaltigen Maßnahmen, die die Staatsregierung in den vergangenen Jahren für die Sicherstellung der Geburtshilfe und die Hebammenversorgung umgesetzt hat, etwa:

- die Einführung des Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro, eine Förderung, die bislang 1278-mal für das Jahr 2017 und 538-mal für das Jahr 2018 beantragt worden ist,
- die Niederlassungsprämie für Hebammen und Geburtshelfer, deren erstmalige Auszahlung zum Ende des Ausbildungsjahres ab September 2019 vorgesehen ist,
- die Anhebung des in der Hebammengebührenordnung festgelegten Steigerungssatzes für privat versicherte Patientinnen von 1,8 auf 2,0.

Um den sich verändernden Herausforderungen auch in der Geburtshilfe gerecht zu werden, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen verfügbarer Stellen und Mittel sicherzustellen, dass eine größere Zahl junger Menschen als bisher Gelegenheit erhält, eine Ausbildung zur Hebamme bzw. zum Entbindungspfleger aufzunehmen. Dafür sollte die Zahl der Ausbildungsstätten steigen – die aktuell sieben Ausbildungsstätten (in Form von Berufsfachschulen) sind nicht ausreichend.

Dabei sind die europarechtlichen Anforderungen zu beachten. Entscheidend ist die Sicherstellung der benötigten Anzahl von Hebammen und Entbindungspflegern. Hierfür bedarf es einer ausreichenden Übergangsfrist zwischen der bisherigen Ausbildung in Berufsfachschulen und der künftigen Ausbildung an einer Hochschule. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Hebammenausbildung in allen Landesteilen perspektivisch möglichst wohnortnah zu ermöglichen. Das Gebot der Stunde ist es, bei der Ausbildung

von Hebammen so lange wie möglich zweigleisig zu fahren: auslaufend mit unseren hochqualifizierten Berufsfachschulen und anlaufend an den Hochschulen. Das bewährte Zusammenspiel in der fachpraktischen Ausbildung wird auf diese Weise erhalten.

Begründung:

Hebammen und Geburtshelfer sind vor, während und nach der Geburt eines Kindes eine wichtige Stütze für die Familien. Auf Bundes- und auf Landesebene wurden bereits – nicht zuletzt auch auf Betreiben Bayerns – wichtige Weichen gestellt, um die Versorgung mit Hebammenhilfe auch durch freiberufliche Hebammen nachhaltig sicherzustellen. Es ist im Sinne der Versorgung der Familien, dass mehr Hebammen und Geburtshelfer ausgebildet werden, um einen drohenden Fachkräftemangel in diesem Bereich zu vermeiden. Für eine akademisierte Ausbildung gilt das umso mehr. Wichtig ist es, das bestehende Knowhow und die langjährige Expertise unserer Berufsfachschulen zu sichern und in geeigneter Weise mit in die Hochschulausbildung zu integrieren. Gewarnt wird daher vor Schnellschüssen. Einer Verlängerung der Übergangsfrist auf Bundesebene über das Jahr 2020 hinaus sollte unter Berücksichtigung der EU-rechtlichen Vorgaben nähergetreten werden.

Aktuell sieht der Regierungsentwurf des neuen Hebammengesetzes (HebG) in § 76 vor, dass Hebammenschulen noch bis Ende 2021 Ausbildungsgänge nach altem Recht beginnen und bis Ende 2026 abschließen können. Darüber hinaus können die Hochschulen bis Ende 2030 mit Hebammenschulen in Bezug auf die praktischen Lehrveranstaltungen und die Praxisanleitung kooperieren (§ 75 HebG).

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

Drucksache 18/2739 27.06.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 18/2033

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Bernhard Seidenath Berichterstatter: Mitberichterstatterin: **Ruth Waldmann**

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 22. Mai 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung B90/GRÜ: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 25. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung

FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 27. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Robert Brannekämper

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

04.07.2019 Drucksache 18/2895

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Otto Lederer, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Peter Tomaschko, Manuel Westphal CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/2033, 18/2739

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren

Der Landtag drückt den Hebammen, Ärzten, Kinderkrankenschwestern und Krankenhäusern in Bayern seine Wertschätzung für ihren Einsatz in der Geburtshilfe aus und dankt den Hebammen für ihre Unterstützung der Familien in der so wichtigen und sensiblen ersten Lebensphase eines Kindes.

Der Landtag begrüßt die mannigfaltigen Maßnahmen, die die Staatsregierung in den vergangenen Jahren für die Sicherstellung der Geburtshilfe und die Hebammenversorgung umgesetzt hat, etwa:

- die Einführung des Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro, eine Förderung, die bislang 1.278-mal für das Jahr 2017 und 538-mal für das Jahr 2018 beantragt worden ist,
- die Niederlassungsprämie für Hebammen und Geburtshelfer, deren erstmalige Auszahlung zum Ende des Ausbildungsjahres ab September 2019 vorgesehen ist,
- die Anhebung des in der Hebammengebührenordnung festgelegten Steigerungssatzes für privat versicherte Patientinnen von 1,8 auf 2,0.

Um den sich verändernden Herausforderungen auch in der Geburtshilfe gerecht zu werden, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen verfügbarer Stellen und Mittel sicherzustellen, dass eine größere Zahl junger Menschen als bisher Gelegenheit erhält, eine Ausbildung zur Hebamme bzw. zum Entbindungspfleger aufzunehmen. Dafür sollte die Zahl der Ausbildungsstätten steigen – die aktuell sieben Ausbildungsstätten (in Form von Berufsfachschulen) sind nicht ausreichend.

Dabei sind die europarechtlichen Anforderungen zu beachten. Entscheidend ist die Sicherstellung der benötigten Anzahl von Hebammen und Entbindungspflegern. Hierfür bedarf es einer ausreichenden Übergangsfrist zwischen der bisherigen Ausbildung in Berufsfachschulen und der künftigen Ausbildung an einer Hochschule. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Hebammenausbildung in allen Landesteilen perspektivisch möglichst wohnortnah zu ermöglichen. Das Gebot der Stunde ist es, bei der Ausbildung von Hebammen so lange wie möglich zweigleisig zu fahren: auslaufend mit unseren hochqualifizierten Berufsfachschulen und anlaufend an den Hochschulen. Das bewährte Zusammenspiel in der fachpraktischen Ausbildung wird auf diese Weise erhalten.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 21 der Anlage. Das ist der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen" auf Drucksache 18/1642, der auf Antrag der AfD-Fraktion einzeln behandelt werden soll. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt nach der Behandlung der Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Antragsliste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit ist die Liste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25 so beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Mai 2019 (Vf. 74-III-18) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018 PII-G1310.18-0018 Drs. 18/2721 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Antrag und der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung sind unbegründet.
- Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z		Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 5. Juni 2019 (Vf. 46-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018 PII-G1310.19-0008 Drs. 18/2722 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Antrag ist unbegründet.
- II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 5. Juni 2019 (Vf. 56-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018 PII-G1310.19-0009

Drs. 18/2723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Antrag ist unbegründet.
- Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	2	Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Juni 2019 (Vf. 53-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018 PIL-G1310 19-0010

PII-G1310.19-0010 Drs. 18/2724 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Antrag ist unbegründet.
- II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE Wähler	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Juni 2019 (Vf. 57-VIII-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018 PII-G1310.19-0011 Drs. 18/2725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Antrag ist unbegründet.
- II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Horst Arnold u.a. SPD Umsetzung der Eckpunkte der Kulturministerkonferenz zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten Drs. 18/1080, 18/2505 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Diana Stachowitz, Markus Rinderspacher u.a. SPD Fortführung des Programms zum verstärkten Ausbau von Tiefengeothermie-Wärmenetzen Drs. 18/1492, 18/2748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE Wähler	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Betonflut eindämmen I:

Mohr Handlungsspielseum für die Kommunen bei der Innenentwicklungsspielseum für der Innenentwicklungsspielseum für der Innenentwicklungsspielseum für der Innenentwicklungsspielseum für der Innenentwicklungspielseum für der Innenentwicklungspielseum für der Innenentwicklungspielseum für der Innenentwicklungspielseum für der Innenentwicklung für der Innenentwicklungspielseum für der Innenentwicklungspielseum für der Innenentwicklungspielseum für der Innenentwicklungsp

Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen bei der Innenentwicklung Drs. 18/1513, 18/2509 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Betonflut eindämmen II:

Flächenfraß durch steuerliche Anreize reduzieren

Drs. 18/1514, 18/2510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Betonflut eindämmen III:

Ausfransen von Ortsrändern verhindern

Drs. 18/1515, 18/2733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Betonflut eindämmen IV:

Flächenstatistik reformieren Drs. 18/1516, 18/2511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Erwerb von Belegungsrechten ermöglichen

Drs. 18/1527, 18/2512 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) Stabilisierungshilfen für Landkreise Drs. 18/1529, 18/2584 (E) [X]

Auf Antrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kostenexplosionen verhindern – effektives Projektcontrolling im staatlichen Hochbau gewährleisten Drs. 18/1539, 18/2513 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD

Energiewende mit den Menschen gestalten I – Landesagentur für Energie und Klimaschutz

Drs. 18/1562, 18/2743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
 Energiewende mit den Menschen gestalten II – Förderung und Gründung von Energieagenturen in Bayern
 Drs. 18/1563, 18/2744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD Energiewende mit den Menschen gestalten III – Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten Drs. 18/1564, 18/2745 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn,

Natascha Kohnen u.a. SPD Energiewende mit den Menschen gestalten IV – Energiearmut messbar machen

Drs. 18/1565, 18/2746 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
 Energiewende mit den Menschen gestalten V – Förderprogramme alltags- und praxistauglich gestalten
 Drs. 18/1566, 18/2747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Afghanistan ist nicht sicher!

Drs. 18/1600, 18/2660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen

Drs. 18/1642, 18/2317 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes – Ansatz für Kinderbetreuung überprüfen!

Drs. 18/1644, 18/2756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) Klimaschutz vernünftig und zielorientiert umsetzen Drs. 18/1647, 18/2741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Martin Schöffel u.a. CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Förderung nach RZWas 2018 Drs. 18/1794, 18/2742 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König u.a. CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten

Drs. 18/1817, 18/2749 (ENTH)

über diesen Antrag wird gesondert abgestimmt

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) Unterstützung der geforderten Masern-Impfpflicht Drs. 18/1852, 18/2730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE Wähler	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Solidarität und Vernunft fördern, Impfquoten nachhaltig steigern Drs. 18/1877, 18/2731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Α	Z	A	A	ENTH	Α

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)
 Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern sicherstellen!
 Drs. 18/1851, 18/2740 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	团	A	A	Z	ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren Drs. 18/2033, 18/2739 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU) Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs in Europa Drs. 18/1859, 18/2732 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
 Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket Drs. 18/1858, 18/2754 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD) NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik Drs. 18/1850, 18/2755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für ein starkes Europa der Regionen! Drs. 18/1855, 18/2758 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für ein starkes Europa mit klarer Verantwortung – Sozialpolitik bleibt Sache der Mitgliedstaaten

Drs. 18/1876, 18/2757 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z